

(A) (Dorn [F.D.P.]

Ich möchte wenige Worte zu den unterschiedlichen Denkstrukturen in dieser Auseinandersetzung sagen, weil das Verständnis der Völker und der Religionen so viele Probleme schafft. Das islamische Denken hat seine bemerkenswerteste Aktivität nicht, wie andere Religionen, auf dem Gebiet der Theologie entfaltet, sondern vielmehr in der Auslegung des Rechts. Die Idee eines göttlichen Gesetzes reicht im semitischen Orient sehr weit zurück. Der Islam geht in seinen Rechtsvorstellungen vom Koran aus, in dem Gottes eigenes Wort befiehlt und verbietet, belohnt und bestraft - und das ist für den Islam die Rechtsetzung.

Insoweit ist es fast unmöglich, unsere Argumente gegen die ständigen Menschenrechtsverletzungen den Machthabern im Iran verständlich zu machen. Wir haben es also nicht nur mit unterschiedlichen Sprachen, Gesetzen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu tun; bei den Adressaten unserer Vorstellungen geht es um fundamentalistische Ideologen, denen unsere Forderungen aus ihrem Verständnis heraus nicht nachvollziehbar sind. Das bringt ja die Schwierigkeit der Auseinandersetzung mit sich.

Das ist übrigens nicht erst seit heute so. Der persische Dichter Mirza Shafi hat das vor 150 Jahren so formuliert, als er in einer schwierigen Lage war:

(B)

Der Fromme liebt das Schaurige. Es hat einmal ein Tor gesagt, daß der Mensch zum Leiden geboren worden. Seitdem ist dies -Gott sei es geklagt! - der Spruch aller gläubigen Toren geworden.

Das ist das Problem, mit dem wir uns in der Denkstruktur auseinanderzusetzen haben.

Das westliche Gegenstück finden wir in vielen Passagen von Goethes "West-östlichem Diwan". Einmal formuliert es Goethe so, daß "nicht die Rede sein könne, die Nationen sollen überein denken, sondern sie sollen nur einander gewahr werden, sich begreifen, und wenn sie sich wechselseitig nicht lieben mögen, sich einander wenigstens dulden lernen". Meine Damen und Herren, ich wäre glücklich, wenn wenigstens dies erreichbar würde.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Kollege Dorn. Für die Fraktion DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Martsch.

Abgeordneter Martsch (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, das ist in der Tat ein sehr schwieriges Thema, über das es notwendig ist, hier zu reden. Vorhin wurde von einem der Vorredner - ich glaube, Herr Dr. Klose, Sie waren es - gesagt, man müsse mit allen Leuten reden, auch mit Leuten aus totalitären Staaten. Wenn es nur darum ginge zu reden, dann brauchten wir nicht lange darüber zu diskutieren. Reden kann und muß man mit vielen Leuten, auch mit Mördern; das ist keine Frage.

Aber hier geht es um mehr; hier geht es um die Frage, welchen Status dieses Miteinanderreden hat. Und hier geht es darum, daß die Bundesrepublik Deutschland vor wenigen Tagen in allen Ehren die Repräsentanten des Iran empfangen hat, die nach meinem Verständnis nicht als Vertreter eines demokratischen Staates, sondern als Vertreter einer Mörderorganisation hierhergekommen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Das ist das gleiche, als wenn wir hier die Camorra-Vorsitzenden mit allen Ehren empfangen und mit ihnen diskutieren würden, wie wir die wirtschaftlichen Beziehungen ausweiten. Diesen Status hat der Iran. Der iranische Staat ist kein Staat in unserem Sinne. Es ist im übrigen auch eine Struktur, die sowieso im Augenblick am Auseinanderfallen ist. Wo ist für Sie - erklären Sie mir das bitte! - der Unterschied zwischen dem Iran und z. B. Serbien, wo ist der Unterschied zwischen Iran und Irak? Wollen Sie auch, daß die Bundesrepublik Deutschland morgen wieder volle diplomatische Beziehungen zum Irak aufnimmt?

Während wir hier darüber diskutieren, werden seit ungefähr vier Wochen täglich Stellungen der Demokratischen Partei Kurdistan/Iran im Grenzgebiet zwischen Irak/Iran bombardiert, per Luftwaffe und mit Artillerie beschossen. Wir haben in den letzten vier Wochen hunderte von Toten in diesem Gebiet. Niemand spricht davon. Und zur selben Zeit werden diejenigen, die diesen Mordauftrag erteilt haben, hier

(A) (Martsch [GRÜNE])

in allen Ehren empfangen. Das ist aus meiner Sicht erbärmlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte auch daran erinnern: Wie steht es denn hier in unserer Gesellschaft, daß am 17. September - an meinem Geburtstag - in Berlin Repräsentanten der Demokratischen Partei Iran meuchlings ermordet worden sind? Das geschah übrigens innerhalb von drei Jahren zum zweiten Mal. Vorher war es in Wien gewesen. Wir müssen doch sehen, daß dieser Staat über das ohnehin tragische Maß von Menschenrechtsverletzungen im Iran hinaus Killer-Kommandos durch die ganze Welt schickt, um die Leute, die ihm nicht genehm sind, umzubringen. Das ist noch einmal eine Steigerung der ohnehin tragischen Menschenrechtsverletzungen. Insofern haben wir eine ganz andere tragische und schlimme Qualität.

Ich gehöre zu denen, die schon am 2. Juni 1967 gegen den Schah demonstriert haben. In einigen Wochen sind wir wieder soweit: Todestag von Benno Ohnesorg. Schon damals hat dieses Land die Menschenrechte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geopfert, und im Moment tun wir dies wieder. Ich möchte in diesem Zusammenhang an das Wort von Albert Schweitzer erinnern: "Humanität besteht darin, daß niemals ein Mensch einem Zweck geopfert wird". Im Moment wird die iranische Opposition dem wirtschaftlichen Zweck geopfert. Das ist schamlos.

Ich bin der Meinung, Frau Kollegin Giesselmann, daß wir in der Analyse durchaus in einigen Punkten übereinstimmen. Aber es genügt nicht, über die Analyse schöne Papiere zu machen und zu sagen: Das war's dann. Was ist denn eine Analyse, die nicht mehr wert ist als das Papier? Einer Analyse müssen auch Taten folgen. Man kann nicht nur sagen: Es ist nicht nett, was ihr dort im Iran mit den Menschen macht, und dann zur Tagesordnung übergehen. Wenn das der gesellschaftliche Zustand, der Konsens in der Welt sein soll, dann brauchen wir auch nicht mehr über Jugoslawien oder sonst etwas zu diskutieren. Dann können wir immer nur zur Kenntnis nehmen und warme Worte verfassen. Das ist nicht meine Auffassung von Weltpolitik und Umgang mit Demokratie und Humanität.

(C) Ich bin wirklich enttäuscht - ich will in diesem Fall nicht zu scharf formulieren -, daß der Herr Ministerpräsident am 11. Februar 1993 im Plenum gesagt hat, daß im Verhältnis zu Khomeini Rafsandschani geradezu wohltuend - wörtliches Zitat aus dem Protokoll - sei. Ich habe das Gefühl, daß der Herr Ministerpräsident auf Grund seiner sonstigen Bürden nicht genau über die Situation im Iran informiert ist.

Als ich vor wenigen Wochen im irakischen Kurdistan war, habe ich einen guten Freund gesprochen, der wenige Wochen vorher im Iran festgenommen worden war. Er hatte dort einen Gerichtsprozeß, und er sagte: Während des Prozesses wurde er in den Keller geführt, und während er im Keller saß, hat er 50, 60 Personen gesehen, die, Hände und Füße zusammengebunden, an Fleischerhaken hingen - wie auf dem Schlachthof - und zu Tode gequält worden waren. Und dies ist im Iran tagtägliche Praxis! Dazu wollen wir nicht mehr tun, als nur eine pastorale Erklärung abgeben? Diese Situation schreit nach Konsequenzen. Wenn wir hier nicht in der Lage und bereit sind, politische, kulturelle und ökonomische Konsequenzen zu ziehen, dann können Sie sich aus der Menschenrechtsdebatte verabschieden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) und dann werde ich das sagen, was die CDU jahrelang in bezug auf die GRÜNEN gesagt hat: Menschenrechte sind unteilbar und können auch nicht durch wirtschaftlichen Vorteil aufgehoben werden. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Martsch. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Clement.

Minister für besondere Aufgaben Clement*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Martsch, ich habe viel Verständnis für das Engagement und für die Betroffenheit, die Sie hier in bezug auf die Situation im Iran äußern. Allerdings: Die einen könnten sagen: Wer jetzt nicht militärisch in Jugoslawien eingreift, der verletzt die Menschenrechte oder hilft

(A) (Minister Clement)

ihnen nicht ausreichend nach. Sie sagen: Wer jetzt die Beziehungen zu Iran nicht abbricht, kümmert sich nicht ausreichend um die Menschenrechte. Ich glaube, daß insbesondere in internationalen Beziehungen solche absoluten Ansprüche, die Sie dann formulieren, außerordentlich schwer erstens durchsetzbar und zweitens vor allen Dingen wirksam sind. Wir müssen jeweils fragen: Helfen sie?

Frau Schumann, Sie haben vorher die Forderungen von Amerikanern uns gegenüber mit Blick auf den Iran erwähnt. Soll ich Ihnen wirklich einmal all die Zynismen in internationalen Beziehungen vor Augen führen, die es auf diesem Feld gibt? Sie erinnern sich doch genausogut wie ich, welche Embargopolitik von aller Welt - mit den USA - beispielsweise gegenüber der Volksrepublik China gefordert worden war, und Sie wissen doch, was daraus heute geworden ist. Wir wissen doch: Wir sind heute noch nicht in der Lage, gegen das ehemalige Jugoslawien ein Embargo zu verhängen, das Wirkung hat. Heute noch liefern Unternehmen auch aus der Bundesrepublik Deutschland nach Jugoslawien, trotz Embargo.

Sie dürfen also nicht das Bild entwerfen, außer Deutschland sei die ganze Welt in den internationalen Beziehungen zu Gunsten der Menschen im Iran eindeutig auf dem Kurs der Menschenrechte.

(B)

Sie dürfen auch nicht das Bild erwecken, das sei nun die Rettung aus der schwersten Verletzung der Menschenrechte, die es ohne Zweifel im Iran gibt. Da unterscheiden wir uns doch. Wir unterscheiden uns doch - wie heute morgen - nicht in der Beschreibung und in der Analyse der Situation. Herr Martsch, nehmen Sie nicht für sich in Anspruch, andere würde das nicht genauso wie Sie bewegen.

(Zuruf des Abgeordneten Martsch [GRÜNE])

- Nein? Na, Sie waren hart daran.

Aber Sie dürfen doch diesen Eindruck nicht erwecken. Sie müssen auch zulassen, daß andere Möglichkeiten erörtert werden.

Ich muß Ihnen sagen, daß ich mich heute schwer tue mit vielen Dingen im Zuge der deutschen Ostpolitik. Was gab es dort für Urteile hin und zurück! Durften

(C)

wir oder durften wir nicht reden? Hat es sich positiv ausgewirkt bis zur heutigen Entwicklung oder nicht? - Diese Fragen lassen sich nicht pauschal beantworten. Deshalb, so meine ich, sollten wir uns wirklich nicht streiten. Ich habe viele Diskussionen dazu auch im Hauptausschuß als wohltuend und hilfreich empfunden.

Wir verurteilen die Menschenrechtsverletzungen, jede einzelne Menschenrechtsverletzung, jeden Fall einzeln, bei dem jemand dort zu Schaden kommt.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Clement, würden Sie eine Frage von Frau Schumann beantworten?

(Minister Clement: Ja bitte! - Zuruf von den GRÜNEN)

- Bei mir leuchtet auf "Frau Schumann". - Ja, bitte schön, Herr Martsch!

Abgeordneter Martsch (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident!

Herr Minister, es geht nicht um das Reden, sondern es geht um den Status, darum, in welchem Status miteinander geredet wird. Ist die Landesregierung denn bereit, auch Vertreter der iranischen Opposition hier zu empfangen, um mit ihnen zu reden?

(D)

Minister für besondere Aufgaben Clement*): Aber selbstverständlich!

(Abgeordneter Martsch [GRÜNE]: Gut!)

Das tun wir in allen anderen Fällen, in denen wir es mit der Entwicklung solcher Regionen zu tun haben. Selbstverständlich tun wir dies.

Wir verurteilen wie Sie die Menschenrechtsverletzungen. Wir verurteilen wie Sie die Anschläge im Ausland, hier bei uns. Wir verurteilen die Rüstungsanstrengungen des Irans, beispielsweise symbolisiert gerade durch ein Manöver im Persischen Golf, das die Nachbarn in tiefe Unruhe versetzt.

(A) (Minister Clement)

Das ist doch nicht das, was uns unterscheidet. Die Frage ist: Hilft es? Wem hilft es? Ist das, was so klar gedacht ist bei Ihnen, was so klar gedacht erscheint, auch sinnvoll?

Da beginnen unsere Zweifel. Wir haben die Sorge, daß wir eher die fundamentalistischen Kräfte im Iran, die Sie beschrieben haben, noch stärken, wenn wir den Dialog ganz kapfen.

Da ist es doch so, Frau Schumann, daß die Bundesrepublik nahezu der einzige Staat im Westen ist, der diese Kontakte noch hat; sie hat diese Kontakte für andere mit. Es ist doch nicht so, daß dies eine Beziehung der puren Begeisterung und der tiefsten Freundschaft wäre, sondern es sind doch die letzten Stränge der Verbindung, die es dort gibt.

Da muß ich doch einmal daran erinnern, daß wir noch vor wenigen Monaten dankbar sein konnten, daß wir über die vorhandenen Beziehungen zum Iran zwei deutsche Geiseln aus dem Libanon befreien konnten. Dies sind doch Kontakte, die sich auch zugunsten ganz konkreter einzelner Menschen auswirken können und die solche Beziehungen rechtfertigen.

(B) Deshalb glaube ich, daß die Strategie - die immer wieder überprüft werden muß -, daß eine solche Haltung bis heute richtig ist, konkret auf den Iran bezogen, klar die Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen, und zwar auch in jedem Gespräch, selbstverständlich auch in jedem Gespräch mit den dortigen Machthabern, darüber hinaus auch die Gespräche Dritter zu nutzen, um zugunsten von Menschen dort wirken zu können. Zweitens sollten wir auch dafür eintreten, daß wir die Beziehungen nicht total kapfen, dies auch im Interesse der Beziehungen anderer westlicher Staaten zum Iran, die anders gar nicht mehr beständen, wenn wir sie nicht aufrechterhielten.

Das Ziel ist doch nichts anderes, als nichts unversucht zu lassen, schrittweise nach Möglichkeit doch Besserungen zu erreichen und um in Einzelfällen helfen zu können.

Dabei wissen wir - Herr Martsch, Sie haben das angesprochen -, daß die Lage im Iran auch ökonomisch sich ständig verschlechtert, daß die Menschen immer unzufriedener werden und daß Veränderungen

(C)

nicht ausgeschlossen werden können. Deshalb ist es gut, da zu sein und zu wissen, was sich tut, und helfen zu können, wo es irgendwie geht.

Deshalb spricht, so glaube ich, vieles dafür, daß Landesregierung und Landtag sich in diesem Sinne gemeinsam anstrengen, daß wir die von Ihnen aufgeworfene Frage auch immer wieder zu beantworten versuchen, uns dabei aber immer darüber klar zu sein, daß es ein mühevoller Weg ist. Es gibt keine klaren Wege in den internationalen Beziehungen, wenn es um Menschenrechte geht. Es ist auch ein Weg, der oft mißverstanden wird. In Richtung Osten haben wir das noch nicht ganz hinter uns, aber vieles davon doch heute besser verstanden. Es ist ein Weg, der oft mißverstanden worden ist; aber die Landesregierung ist der Meinung, daß es zur Stunde der richtige Weg ist, die Beziehungen nicht zu kapfen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD - Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Clement!

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(D)

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens stimmen wir über die Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 11/5298 ab, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/5025 abzulehnen. Wer für diese Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Bitte die Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Keine! Damit ist die Beschlußempfehlung angenommen und der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Zweitens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion DIE Grünen Drucksache 11/5461 zu dem Entschießungsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. ab. Das ist Drucksache 11/5449. Herr Kollege Hardt hat mich wissen lassen, daß Einzelabstimmung über diesen Änderungsantrag begehrt wird.

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Wir stimmen zunächst über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion DIE GRÜNEN ab. Wer ist dafür? - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Keine! Ziffer 1 ist einstimmig angenommen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schon wieder durchgesetzt!)

Ziffer 2! Wer ist dafür? - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Schönen Dank. Stimmenthaltungen? - Gibt es nicht! Vielen Dank.

Eine Gesamtabstimmung, Herr Vesper, erübrigt sich, weil es ja ein Änderungsantrag ist.

(Heiterkeit)

Zu Punkt 3 unserer Abstimmungsmodalitäten! Wir stimmen jetzt ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/5449. Wer für den Entschließungsantrag ist, den bitte ich ums Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltungen der Fraktion DIE GRÜNEN unter Einbeziehung der gerade angenommenen Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion DIE GRÜNEN so beschlossen.

(B)

Aufgerufen ist Tagesordnungspunkt 9:

Gesetz zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschußmitgliederverschärfungsgesetzes sowie zur Änderung anderer dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/5392

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile zur Einbringung Herrn Finanzminister Schleußer das Wort. Bitte schön.

(C)

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf verfolgt u. a. das Ziel, das Landesumzugskostengesetz und das Landesbesoldungsgesetz dieses Landes in der Zwischenzeit erfolgten Änderungen des Bundesrechtes anzupassen. Außerdem soll das Landesreisekostengesetz in einigen Punkten geändert werden.

Kernstück der Neufassung ist eine Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens. Unter Verzicht auf die bisherigen Detailregelungen werden dynamisierte Pauschbeträge eingeführt und die Vorschriften übersichtlicher und straffer gefaßt. Das Landesumzugskostengesetz soll mit den erforderlichen Übergangsregelungen zum 1. Januar 1994 in Kraft treten.

Zu den Änderungen des Landesreisekostengesetzes: Zum einen handelt es sich um Folgeänderungen aus der Novellierung des Umzugskostengesetzes, zum anderen wird die Wegstreckenentschädigung für Dienstreisen mit dem Fahrrad neu gestaltet und, wie ich hoffe, damit ein nicht enden wollendes Thema hier im Landtag abgeschlossen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung geht über die Vorschläge der Fraktion DIE GRÜNEN hinaus, weil für die Gewährung von Wegstreckenentschädigung nicht mehr triftige Gründe geltend gemacht werden müssen, so daß das Fahrrad auch so genutzt werden kann.

(D)

Wegen der Einzelheiten verweise ich auf den Gesetzentwurf, insbesondere auf die Gesetzesbegründung. Ich gehe davon aus, daß dieser Gesetzentwurf im Haushalts- und Finanzausschuß im Detail beraten werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Finanzminister Schleußer. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Frechen das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Frechen (SPD): Eigentlich ist es schade, Herr Präsident, meine Damen und Herren, daß das Plenum heute nachmittag so schlecht besetzt ist. Ich hätte es mehr Kolleginnen und Kollegen ge-